Paris, 25. April. Boulevard. 3% Rente 77,40. Anl. 108,20. Ital. —,—. Span. 60,50. Egypter 343,00. Ottomanen 673,00. Franzosen —,—. Lombarden —,—. Ruhig. Rentenfestigkeit andauernd.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

ZWEI-LEHRER-SYSTEM — BERLITZ'S METHODE
DRESDNER 1883 gegründetes
SPRACH-COLLEGIUM
& Uebersetzungs-Bureau
25 Altmarkt II.
Fremdnationale Prof. — Sele-u. Zirkel-Std. f. Damen u. Herren.

Gardinen
weiss und crême, das Fenster v. 8—100 M. empfiehlt in enormer Auswahl (im Einzelnen zu Fabrikpreisen) das Gardinen-Special-Hauptgeschäft Dresdens
Waisenhausstr. 25 (im Hause des Victoria-Salon).

Prof. Dr. Jäger's
Knaben-Anzüge
in Naturfarbe u. Indigoblau, von 12 Mk. an.
Osc. Lehmann, Schloss-Strasse Nr. 21.

Leo Meyer,
Atelier für Zimmer-Dekoration und Styl-Möbel,
Ausstellung von Muster-Zimmern
einfachen und reichen Genres
1 Moczinski-Strasse 1
Ecke Pragerstrasse, Parterre und erste Etage.

Tapisserie-Manufactur von **C. HESSE**, Kgl. Hoflief., Altmarkt.
Grösstes Lager aller Materialien für Handarbeiten. **Seidenes Chenilleband** für Tücher in allen modernen Farben.

Nr. 117. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 26. April: Schwacher Nordwind, veränderliche Bewölkung, keine oder geringe Niederschl., Temp. wenig verändert. | Dresden, 1884. **Sonnabend, 26. April.**

Für die Monate Mai und Juni

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, **Marienstraße Nr. 13**, zu 1 Mark 70 Pfg., für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im deutschen Reichsgebiet zu 1 Mark 84 Pfg., in der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie zu 1 Gulden 54 Kreuzer (excl. Agiozuschlag) angenommen.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Es war eine alte Bekanntschaft, die sich vorgestern im Reichstage vorstellte: die Frage von der Steuerfreiheit der Offiziere von Gemeindeabgaben. Das Stück spielte schon 1868 im damaligen norddeutschen Reichstage, als der Bundeskanzler das in den altpreußischen Provinzen bestehende Steuer-Privilegium der Offiziere auf die annektirten Provinzen und die Länder des norddeutschen Bundes ausdehnte. Namentlich aus dem Königreich Sachsen und den thüringischen Ländern erhoben die Garnisonstädte recht kräftigen Einspruch gegen die Verkürzung ihrer Einnahmen aus den auf einmal steuerfrei gewordenen Einkommen der Offiziere. Die thüringischen Gerichte entschieden damals zu Gunsten der Städte und erkannten für Recht, daß auch die Offiziere zu den Gemeindelasten beitrügen. Die Sache hatte aber keine weitere Folge. Sie schlief in den großen Jahren 1870/71 wieder ein. Erst in den letzten Jahren hat sie den Reichstag wiederholt beschäftigt. Das ging so zu: Dem vorigen Reichstag lag ein Gesetz vor, welches die längst versprochene Regelung der Pensionsverhältnisse der zahlreichen Beamten des Reiches vornahm. Es bewirkte zugleich eine Erhöhung der Pensionen der Reichsbeamten auf die Höhe der preußischen Staatsbeamten. Bereitwillig ging die Volksvertretung auf diese nur zu gerechte Forderung ein. Aber noch zwischen Lipp' und Becher'srand trat ein Zwischenfall ein, der die Reichsbeamten um den längst ersehnten Trunk aus dem Pensionsbecher brachte. Das Gesetz wurde nicht publicirt, obwohl zwischen beiden gesetzgebenden Faktoren völlige Uebereinstimmung betreffs aller Einzelheiten erzielt war. Die Regierungen legten nämlich auch für Heer und Marine ein neues Pensionsgesetz vor. Auch dieses enthielt eine namhafte Aufbesserung der Pensionsbezüge der Offiziere. Opferwillig ging der Reichstag auch hierauf ein und knauserte nicht mit den Geldmitteln. Beide Pensionsgesetze, das für die Civilbeamten, wie das für die Offiziere, waren nämlich im Wesentlichen gleich, nur wurden die Offiziere insofern noch günstiger gestellt, als ihre Pensionsberechtigung mit den höchsten Sätzen noch um 3 Jahre zeitiger eintreten soll als die der Civilbeamten. Aber trotzdem war der Reichstag gern bereit, seinen Dank für die Armee auch durch Zustimmung zu diesen Begünstigungen auszusprechen, nur knüpfte er hieran eine Bedingung: gleichzeitig sollte die Gemeindesteuerfreiheit der Offiziere aufhören. Da die Regierungen sich dieser Bedingung nicht unterwerfen wollten, blieb nicht nur das Offiziers-, sondern auch das Civilbeamten-Pensionsgesetz unausgeführt. Dem jetzigen Reichstag legte nun der Bundesrath statt zweier nur ein einziges Gesetz vor, das die Pensionen der Offiziere und Civilbeamten zusammen regelt. Er setzt also einen Trumpf drauf. Er bedient sich der Civilbeamten als Vorspanns für die Offiziere. Erhöht der Reichstag die Militärpensionen nicht bedingungslos, ohne Verknüpfung mit der Frage des Gemeindesteuerprivilegs der Offiziere, so sollen auch die Tausende von Reichspost-, Telegraphen- und anderen Civilbeamten des Reiches ferner das leere Nachsehen haben.

Das ist der Hergang der Sache. Nun fragen die Civilbeamten, wie sie dazu kommen, wegen der Offiziere noch länger auf die Erfüllung einer gerechten Forderung warten zu müssen? Ihr Mißmuth ist begreiflich. Aber der Reichstag verdient wegen seines Verfahrens keinerlei Tadel. Jetzt oder nie ist Gelegenheit, ein Privilegium zu beseitigen, das den billig denkenden Offizieren selbst als ein odiöses erscheint. Läßt sich der Reichstag diesen Augenblick entschlüpfen, so hat er verspielt. Wenn es in Preußen nicht einmal möglich ist, das Steuer-Privileg der Offiziershunde aufzuheben, wie soll dasjenige der Offiziere selbst fallen? Der Kriegsminister Bronsart von Schellendorf hat ja ganz Recht darin, daß die Steuerfreiheit der Offiziere nur künstlich mit dem Pensionsgesetze verkoppelt wird; aber — was der Reichstag jetzt in der Minute ausschlägt, bringt keine Ewigkeit zurück. Schroffheit kann man dem Reichstage keineswegs vorwerfen, unbillig ist sein Verlangen ganz und gar nicht. Denn es ist jeden Augenblick eine große Mehrheit für folgenden Ausweg vorhanden: man lasse das Diensteinkommen der Offiziere auch fernerhin frei von der Gemeindebesteuerung, unterwerfe aber derselben ihr Privateinkommen. Dieser Mittelweg hat nichts Drückendes. Denn so gut wie die Gemeinden von dem Diensteinkommen der Unteroffiziere und Soldaten keine Steuer erheben, so gut brauchen sie es auch nicht bei den Offizieren. Aber warum sollen die reichen Offiziere von ihrem Privatvermögen zu den Gemeindelasten Nichts beitragen? Sie haben ja Antheil an den Vorzügen der Städte. Ihre Kinder besuchen die städtischen Schulen. Der Feldmarschall Moltke wollte zwar im Eifer für seine Kameraden bestreiten, daß die Offiziere irgend welchen Vortheil von den oft so theueren städtischen Einrichtungen hätten; aber diese Behauptung des ruhmreichen Heerführers rief ein allseitiges Kopfschütteln hervor. Als der in diesem Punkte in die Enge getriebene Marschall das Unhaltbare dieser Position einsah, schlug er vor: dann könnten ja die Städte das Schulgeld der Offizierskinder erhöhen. Es wurde ihm sofort nachgewiesen, daß sich damit die Offiziere wahrlich nicht verbessern würden. Die Sache ist wirklich von Bedeutung für die Finanzen großer Garnisonstädte. Berlin z. B. verliert 400,000 Mark jährlich, weil das Offizierseinkommen unbesteuert bleibt. Wie viele Offiziere heirathen reiche Erbtöchter! Von jungen Civilstaatsdienern, Kaufleuten und Fabrikanten hört man oft über die Konkurrenz klagen, daß ihnen die Offiziere die hübschesten und fettesten Goldfischchen wegschnappen. Warum sollen diese von Offizieren erheiratheten großen Kapitalien aus den Steuerkatastern der Städte verschwinden? Der staatlichen Besteuerung unterliegt ja das Einkommen der Offiziere, warum nicht der städtischen? Gleichwohl empfiehlt sich nicht eine schroff-principielle Entscheidung der Frage dahin, daß das ganze Einkommen der Offiziere, auch das dienstliche, von den Gemeinden besteuert werde; denn in mancher Beziehung nimmt das Heer eine Ausnahmestellung ein — entbehren doch seine Angehörigen des Wahlrechts! Aber die Heranziehung des Privatvermögens der Offiziere zu den Gemeindelasten ist bei Gott kein unbilliges Verlangen. Nur aus Rücksicht auf den kleinen preußischen Adel, das gab Marschall Moltke selbst zu, verweigert Preußen die Gemeindebesteuerung der Offiziere. Die zahlreichen Söhne der armen altpreußischen Adelsfamilien suchen hergebrachtermaßen in der Armee ihren Unterhalt. Dem preußischen Dienstadel geschähe ja kein Unrecht: haben diese Offiziere nur ihr Diensteinkommen, so ist ihnen sowieso Nichts abzunehmen; haben sie glänzende Partien gemacht, so können sie billigerweise die erheirathete Mitgift versteuern. Aber selbst die weitestgehende Rücksichtnahme auf sie sollte doch zurücktreten gegenüber den Vortheilen, welche das vorgelegte Pensionsgesetz allen Offizieren ohne Ausnahme gewährt. Es ist ja bekannt, wie rasch es mitunter mit der Pensionirung im Heere geht und wie der bekannte blaue Brief oft ganz unerwartet herunterschneit. Da will es denn doch Etwas sagen, wenn die oft in bester Rüstigkeit pensionirten Offiziere wissen, daß sie künftig für die lange Reihe von Jahren, die sie wahrscheinlich noch leben werden, größere Pensionen beziehen als seither. Das deutsche Heer zählt 17,000 aktive Offiziere; außerdem giebt es noch 8000 Verabschiedete. Ihre Pensionen erforderten jährlich 23 Millionen Mark und da sind die bayerischen Offiziere noch nicht mit begriffen. Wenn der Reichstag jetzt in patriotischer Weise diese enormen Summen noch erhöht, so sollte sich der preußische Kriegsminister nicht weigern, das ungerechte Steuerprivileg des Privateinkommens der Offiziere fallen zu lassen. Würde er wider Erwarten hartnäckig dieses bescheidene Verlangen abschlagen, so müßten die Reichscivilbeamten, wer ihre billigen Ansprüche den ungebührlichen Prätentionen des kleinen preußischen Dienstadels opfert. Der preußische Kriegsminister leugnete in feierlichen Worten jede Bevorzugung der adeligen Offiziere vor den bürgerlichen im Avancement und nannte die verschiedenartige Berücksichtigung der Geburt einen „entsetzlichen Gedanken und tiefste Pflichtvergessenheit". Das ist ein waderes Wort zur rechten Zeit. Nun dann vermeide man auch in der Steuerfrage den Schein, wegen des preußischen Dienstadels der Gesammtheit der Offiziere und den überwiegend bürgerlichen Reichscivilbeamten die Wohlthaten besserer Pensionirungsgesetze vorzuenthalten.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 25. April.

Berlin. Der Reichstag nahm die erste Berathung des Gesetzentwurfes für die Wittwen und Waisen von Angehörigen des Reichsheeres und der Marine vor. Nationalliberale und fortschrittliche Redner bedauern, daß die Regierung die im Vorjahre von der Kommission beschlossenen Verbesserungen nicht berücksichtigt habe. Windthorst erklärt, die Regierung könne nur ein Gewicht auf die Beschlüsse des Plenums legen. Die Vorlage wird an eine Kommission verwiesen. Dann wurde in die Spezialberathung der Vorlage wegen Abänderung des Hilfskassengesetzes eingetreten. Beschlossen wurde, die Kassen der Oberaufsicht der auch den Gemeinden vorgesetzten Behörden zu unterstellen, gegen die Strafentscheidungen dieser Behörden jedoch Recurs zuzulassen. Eine längere Debatte fand über den Antrag statt, wonach die Leiter der Generalversammlungen mit einer Geldstrafe bedroht werden, wenn sie Erörterungen über öffentliche, mit der Organisation und Verwaltung der Kasse in keinerlei Zusammenhange stehende Dinge zulassen. Dagegen sprachen Hirsch, Löwe, Stolle, dafür Windthorst, Maltzahn-Gültz, Staatssekretär Bötticher, Geh. Rath Lohmann. Bötticher wies auf die Aeußerungen Bebels und Grillenbergers hin, wonach die Krankenkassenorganisation eine gute Grundlage für die sozialdemokratische Parteiorganisation abgebe. Grillenberger bestritt, daß er oder Bebel eine derartige Aeußerung gethan. Der Antrag wird schließlich mit 132 gegen 100 Stimmen abgelehnt. Nächste Sitzung Montag.

Berlin. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Berathung über die Wahl des Freiherrn v. Lynder fortgesetzt und dieselbe für ungiltig erklärt. Dem Antrage des Abg. Bachem gemäß wurde zugleich beschlossen, die Regierung aufzufordern, Beamte, welche sich eine Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse zu Schulden kommen ließen, zur Verantwortung zu ziehen und die betreffenden Maßnahmen dem Hause mitzutheilen.

Berlin. Der Reichskanzler ist seit einigen Tagen durch Erkältung an das Zimmer gefesselt. Die ungünstige Witterung der letzten Zeit hat ihre nachtheiligen Wirkungen besonders in Berliner Beamtenkreisen dokumentirt. Auch der Staatssekretär und der Unterstaatssekretär des auswärtigen Amtes sind erkrankt. Letzterer war genöthigt, Urlaub zu nehmen, während der Reichskanzler und Graf Hatzfeldt fortfahren, ihre Geschäfte zu erledigen. — Die „Norddeutsche" sagt bezüglich der Veröffentlichung eines autographirten Dankschreibens Bismarcks Seitens v. Bülow: v. Bülow scheint sich verletzt zu fühlen, daß er nicht ein besonderes ausführliches Schreiben auf seinen Glückwunsch vom Reichskanzler erhalten habe, sein Verhalten sei nicht überraschend, aber durchaus ungerechtfertigt. Beim Reichskanzler sind beim letzten Geburtstage gegen 1200 Briefe und Telegramme, also ungefähr der Jahresbetrag eines ziemlich beschäftigten Beamten, eingegangen, und für alle diese Glückwünsche müsse innerhalb weniger Tage gedankt werden. — Morgen tagt die Sozialistengesetzkommission.

Haag. Die erste Kammer genehmigte den Gesetzentwurf, welcher die Regierung zur eventuellen Demonetisirung von 25 Millionen in Silber ermächtigt, mit 25 gegen 10 Stimmen.

Madrid. Man glaubt in Regierungskreisen bei den am nächsten Sonntag stattfindenden Corteswahlen auf eine starke Majorität rechnen zu dürfen. — Auf Kuba hat die öffentliche Ruhe keinerlei weitere Störung erfahren, der kleine Rest der Bande Aguero's, der nach derselben von den Truppen beigebrachten Niederlage übrig geblieben war, ist in unwirthliche und schwer zugängliche Theile der Insel entflohen.

London. Dem „Standard" zufolge sind die gestrigen Erklärungen des Premiers Gladstone im Unterhause allgemein dahin gedeutet worden, daß die Regierung entschlossen sei, eine Expedition nach dem Sudan zu entsenden, falls sich dies als nothwendig erweise. Gegenwärtig verhandle die englische Regierung mit den egyptischen Behörden darüber, ob die nach dem Sudan zu entsendenden Streitkräfte nur englische Truppen oder auch ein Kontingent indischer Truppen umfassen solle. Das 35. Regiment in Assiout leidet bereits stark an Fieber, Hitze und Sonnenstich.

Kairo. Osman Digma bedroht mit 4000 Mann wieder Suakim.

Die Berliner Börse verlief lustlos und schwach, doch sind die Koursermäßigungen nur gering. Gegen den Schluß hin befestigte sich die Haltung, namentlich für spekulative Bahnen, von denen Kreditaktien und Diskontogesellschaft infolge dessen sogar etwas höher schlossen. Kassabanken wenig belebt, aber gut behauptet, Eisenbahnen vorwiegend schwächer mit Ausnahme der Elbethalbahn, österreichische Prioritäten leblos. Bergwerke wenig beachtet und schwächer, andere Industriepapiere vorwiegend recht fest, deutsche Fonds gut behauptet, russische Renten belebt, Noten etwas schwächer.

Frankfurt a. M., 25. April. Credit 259⅞. Staatsbahn 266¼. Lombarden 119⅝. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier —. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Disconto 209¼. Egypter 67,61. Gotthardb. —. Marienburger 79½. Fest.

Wien, 25. April. Credit 321,60. Staatsb. 316,50. Lombarden 143,30. Nordwestb. 182,70. Markfnoten 59,42½. Ung. Cred. 319,75. Tabak-Akt. —,—. Fest.

Paris, 25. April. (Schluß.) Rente 77,82. Anleihe 108,10. Italiener 94,75. Staatsbahn 665,00. Lombarden 318,75. do. Prioritäten —. Egypter 342. Oesterr. Goldrente —. Spanier 60,68. Ottomanen 672. Tabak-Aktien 573. Fest.

Paris, 25. April. An der hiesigen Mittagsbörse war das Gerücht verbreitet von einer Konversion der englischen 3prozentigen Consols in 2½ prozentige zu Gunsten des Continental-Staats-Fonds, dessen Zinsfuß 4 Prozent bei vollkommener Sicherheit gewähret.

London, 25. April. Consols 102,12. 1873er Russen 92,61. Lombarden —,—. Türken 8,30. 4% fundirte Amerikaner —,—. 4% Ungarische Goldrente 76,36. Oesterr. Goldr. —,—. Pr. Consol. —,—. Suez-Aktien 81,00. Egypter 67,81. Fest.

London, 25. April. Weizen gefragter, mitunter ½ Sch. theurer, hauptsächlich rother Weizen, angekommener fest, ruhig. Mehl fester. Mais ½ Sch. theurer. Gerste fester, Hafer ruhiger, ordinärer weichend, Erbsen, Bohnen fremde. Wetter: Kalt.

Lokales und Sächsisches.

— Den Professoren der Leipziger Universität Dr. phil. Adolph Ebert, Dr. theol. Hofmann und Dr. jur. Kuntze wurden in Anerkennung ihrer Verdienste um die Wissenschaft und um die Universität das Ritterkreuz 1. Klasse des Königl. sächs. Verdienstordens verliehen.

— Archidiakonus Dr. phil. Wilhelm Valentiner in Leipzig erhielt das Ritterkreuz I. Klasse vom Albrechtsorden, Lehrer Gottlieb Kaiser in Beerheide das Albrechtskreuz.

— Der Bevollmächtigte zum Bundesrath, Königlich sächsische Geheime Finanz-Rath Golz, ist in Berlin eingetroffen.

— Oeffentliche Stadtverordnetensitzung. Den Vorsitz führt Hr. Vicevorsteher Ldw. Matthäi. Das Kollegium hat bereits früher beim Rath beantragt: Waarenposten auswärtiger Kaufleute von den städtischen Leihhäusern nicht beleihen zu lassen. Man war dabei u. A. auch von dem Standpunkt ausgegangen, daß es den hiesigen Gewerbestand schädigen könne, wenn große Waarenposten in den Leihhausauktionen zur Versteigerung gelangen müßten, wie auch, daß dann auswärtige größere Waarendiebstähle hier einen sicheren Ablagerungsplatz fänden. Der Rath hat auf den Antrag jetzt geantwortet. Die Leihhauskassirer haben erklärt, daß der Versatz solcher Waarenposten überhaupt nicht vorkomme, daß aber auch eine Kontrole bezüglich des Versetzenden nach der hiesigen Leihhausordnung nicht thunlich sei. Der Rath erklärt, er halte trotzdem den Antrag für beachtlich und man gehe bereits mit der Idee zur Ausarbeitung eines neuen Leihhaus-Regulativs um; speziell Bürgermeister Dr. Rüger werde sich dieser Arbeit unterziehen, wolle nur aber erst die Steuerreform hinter sich haben. St.-V. Thiel beleuchtet die Nothwendigkeit eines neuen Regulativs und weist auf Fälle hin, bei denen der betr. Leihhauskassirer wohl hätte bemerken müssen oder wenigstens können, daß bei dem Versatz Etwas nicht richtig sei, wie z. B. wo ein und derselbe Kürschnerlehrling durch eine lange Zeit hindurch fortwährend Pelzsachen und zwar nur Muffe zum Versatz gebracht und so nach und nach über 800 Mrk. aus dem Leihhaus geholt habe. (Es liegt dieser Angabe eine kürzlich zum Austrag gekommene Gerichtsverhandlung zu Grunde). St.-V. Hartwig, betonend, daß die Stadtverordneten die gesammte Verwaltung Dresdens streng zu überwachen haben, stellt schleunigst den einstimmige Annahme findenden Antrag: den Rath zu ersuchen, die vom St.-V. Thiel berichteten Fälle sofort untersuchen zu lassen und dem Kollegium ehebaldigst Mittheilung von dem Resultate zu machen. — Eine eigenthümliche und Vielen wohl unerquickliche Episode spielte sich bei Eintritt in die Berathung des Finanz-Ausschuß-Berichtes über den diesjährigen Etat für die Gartenanlagen und Baumschulen ab. Es erhob sich der St.-V. Dr. Schumann und sagte in mißbilligendem Tone, er bedauere, gerade heute den „Geheimen Oberstadtgärtner" nicht im Saale zu sehen (allgemeines Staunen; laute Fragen: wen? Geh. Oberst.-Gärtner?!), ich meine damit — fuhr er fort — unseren Herrn Oberbürgermeister Dr. Stübel. Aber freilich, er ist ja in Berlin und man würde ihn und seine Reden im Reichstage vielleicht sehr vermissen, wenn er heute hier wäre. Doch sind gerade die städtischen Gartenanlagen ein spezielles Steckenpferd unseres Oberbürgermeisters, deshalb ist seine Abwesenheit heute zu bedauern. Er — Redner — würde es überhaupt lieber sehen, wenn der Oberbürgermeister hier den städtischen Arbeiten sich widmete, als daß er im Reichstage Reden halte! Der Vorsitzende rügte diese Aeußerungen: die Reichstagsthätigkeit des Oberbürgermeisters sei hier nicht hereinzuziehen. — St.-V. Thiel trat dem ersten Redner sehr energisch entgegen und sagte: er bedaure, daß Niemand im Saale die Hereinziehung des Oberbürgermeisters in der Weise als ungehörig zurückgewiesen habe. Dr. Stübel werde von dem Vertrauen der Bürgerschaft getragen und sei ja doch von der Mehrheit derselben selbst zum Reichstag entsendet worden. Er — Redner — erblicke übrigens in der Rede des Dr. Schumann weiter nichts als ein kleines fortschrittliches Wahlmanöver für Eugen Richter, der ja in der nächsten Zeit hier erscheinen würde, um — gewählt zu werden. (Murren von einer, Bravo von anderer Seite!) Der Vorsitzende weist die letzten Bemerkungen St.-V. Thiel's als ungehörig zurück. Was nun den zu berathenden Etat selbst anlangt, so weist derselbe nach der Rathsvorlage eine Einnahme von nur 4800 Mrk., dagegen einen Bedarf (Ausgabe) von 100,677 Mrk. auf. Diese letztere Summe ist hoch, sehr hoch, und der Ausschuß hat sich einer sehr eingehenden Prüfung der einzelnen Bedarfsposten unterzogen und dabei gefunden, daß namentlich beim Betrieb der Gärtnerei und Baumschulen, für den pro 84 vom Rath wiederum 15,000 eingestellt sind, mit 9,000 Mrk. weniger, also mit 6,000 Mrk. auszukommen sei. Dabei spricht sich der Bericht u. A. dahin aus: man könne unsere gesammten städtischen Anlagen auch im besten Stande erhalten, ohne eine Gärtnerei und Baumschulen in eigener Regie zu besitzen, dann würde man eben alle Bedürfnisse durch Ankauf decken und die im Winter zu bergenden Pflanzen bei einem der vielen Gärtner, die sich damit gegen geringes Entgeld und unter Garantie beschäftigen, in Pension geben. — Da indessen die sofortige Aufhebung der Gärtnerei und Baumschule nicht wohl thunlich ist, so ist der Aufhebungsgedanke zunächst nur angeregt worden. An dem Bedarf für die öffentlichen Gartenanlagen selbst, der mit 27,900 Mrk. berechnet ist, wird nichts gestrichen, ihre Vorzüglichkeit und Schönheit wird vielmehr als ein Stolz für Dresden gepriesen, auch die 18,980 Mrk. für Unterhaltung der Straßenbäume bleiben ungekürzt. Der Abschluß des gesammten Etats, wie er vom Kollegium gebilligt ward, ergiebt nun eine Einnahme von 4800 Mrk. und einen Bedarf von nur 79,389 Mrk., so daß der Zuschuß seitens der Stadt von den vom Rath geforderten 95,877 Mrk. auf 74,589 Mrk. herabsinkt. Behufs Zuführung von Gas in die Nähmaschinenfabrik